Abgeordnetenhaus BERLIN

Drucksache 17 / 12 713
Kleine Anfrage

17. Wahlperiode

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Hakan Taş (LINKE)

vom 09. Oktober 2013 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 11. Oktober 2013) und **Antwort**

Unterbringung von Flüchtlingen in Berlin

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. Wie viele Heime für Asylsuchende und Flüchtlinge gibt es in Berlin (bitte keine Orte angeben, nur Zahl, Kapazitäten und tatsächliche Belegung)?

Zu 1.: Die erfragten Daten (Stand 08. Oktober 2013) sind der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen.

Art der Unterkunft	Anzahl der Unterkünfte	Kapazitäten	Tatsächliche Belegung
Aufnahmeeinrichtung i.S. des Asylverfahrensgesetzes	3	950	1.112
Gemeinschaftsunterkünfte	16	3.706	3.697
Vertragsfreie Unterkünfte	3	412	379
Unterkunft für unbegleitete Minderjährige	1	40	40
Notunterkünfte	10	1.912	2.049
Summe aller Unterkünfte	33	7.020	7.277

2. Sind die in der Öffentlichkeit diskutierten Zahlen, dass sich in Berlin 6 900 Flüchtlinge 6 550 Plätze teilen, zutreffend? Falls ja, welche Maßnahmen werden getroffen, um hier Abhilfe zu schaffen?

Zu 2.: In Bezug auf das Zahlenverhältnis von Kapazität zu Auslastung wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen. Das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) ist unablässig auf der Suche nach geeigneten Objekten zur Eröffnung zusätzlicher Unterkünfte, um die Situation zu entspannen. Parallel dazu werden auch unter den erschwerten Bedingungen erheblich erhöhter Zugangszahlen die Bemühungen fortgesetzt, möglichst viele Menschen in Mietwohnungen unterzubringen.

3. Welche Maßnahmen wurden nach der Äußerung des Senators für Gesundheit und Soziales, Mario Czaja, dass in Berlin im Jahr 2013 noch 1000 Plätze in Asylheimen gebraucht würden, getroffen, um diesen Bedarf zu decken?

Zu 3.: Sowohl vor als auch nach der öffentlichen Darstellung des Senators für Gesundheit und Soziales wurden und werden Gespräche mit unterschiedlichen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern auf Senats- und Bezirksebene bzw. mit möglichen Trägern künftiger Unterkünfte geführt und versucht, rechtliche Hindernisse auszuräumen, die der Eröffnung neuer Unterkünfte entgegenstehen. Auch mit den landeseigenen Unternehmen Berliner Immobilienmanagement GmbH und Liegen-schaftsfonds Berlin GmbH & Co. KG sowie der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben wurde und wird über potentielle Standorte verhandelt.

4. Ist es zutreffend, dass in diesem Zusammenhang die Unterbringung in Hostels vorgesehen ist? Gibt es hierfür ein entsprechendes Konzept?

Zu 4.: Aufgrund der großen Anziehungskraft, die Berlin auf Touristen aus aller Welt ausübt, wäre die Unterbringung einer größeren Anzahl von Flüchtlingen in Hostels nur zu touristisch unattraktiven Zeiten möglich. In Einzelfällen werden Asylsuchenden Kostenübernahmen

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses sind bei der Kulturbuch-Verlag GmbH zu beziehen.
Hausanschrift: Sprosserweg 3, 12351 Berlin-Buckow · Postanschrift: Postfach 47 04 49, 12313 Berlin, Telefon: 6 61 84 84; Telefax: 6 61 78 28.

für Hostels erteilt (meist durch die Erstaufnahmeeinrichtungen in Spandau und Lichtenberg, jedoch immer in Absprache mit dem LAGeSo).

5. Welche Anstrengungen unternimmt der Senat, Asylsuchende und Flüchtlinge nicht in Massenunterkünften, sondern in Wohnungen unterzubringen?

Zu 5.: Das LAGeSo konnte trotz der angespannten Situation im laufenden Jahr bis einschließlich August insgesamt 439 Personen in Wohnungen unterbringen. Hierfür sind Kautionen in Höhe von insgesamt rund 180.000 € verauslagt worden. Darüber hinaus ist am 12. Oktober 2013 die Neufassung der Ausführungsvorschriften über die Anmietung von Wohnraum durch Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AV Wohn-AsylbLG: http://www.berlin.de/sen/soziales/berliner-sozialrecht/land/av/av_wohnasylblg.html) in Kraft getreten. Damit ist in Bezug auf die Übernahme der Kosten für eine Mietwohnung eine weitgehende Gleichbehandlung mit Leistungsberechtigten nach dem SGB XII hergestellt worden.

Berlin, den 1. November 2013

In Vertretung

Dirk G e r s t l e

Senatsverwaltung für
Gesundheit und Soziales

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 06. Nov. 2013)